

Arbeitsplan der DKP München 2005/06

1. Antimilitarismus / Frieden

Am 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus mussten wir feststellen, wie weit wir vom Potsdamer Abkommen schon entfernt sind und wie weit Neofaschismus und Beseitigung von demokratischen und sozialen Rechten in dieser Gesellschaft schon wieder vorangeschritten sind.

Auch 50 Jahre Bundeswehr werfen ein Schlaglicht auf die Entwicklung der BRD: Gegründet im November 1955 nur 10 Jahre nach der Niederlage der Wehrmacht als Abschluss der ersten Etappe der deutschen Remilitarisierung und als ein Mittel des deutschen Revanchismus im Kalten Krieg, deshalb unterstützt von den USA zur Zurückdrängung des Sozialismus. So wurde sie ein Hort der alten Nazi-Offiziere, die die nachfolgenden Generationen in ihrem Geist erzogen. Als Traditionalisten verteidigten sie erfolgreich ihren Einfluss - nur notdürftig von demokratischen Elementen kaschiert - so dass sie heute, wo der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee in vollem Gange ist, die Tradition des "Kämpferkults" wiederaufleben lassen. Selbst die SS-Leibstandarte Adolf Hitler kann in dieser Bundeswehr wieder ein Vorbild sein (offizielle Broschüre des Heeresamts der Bundeswehr von 1997).

Chauvinistische und antisemitische Positionen werden in ihr nach wie vor vertreten.

Als Aufgabe der Bundeswehr gilt längst nicht mehr die Verteidigung der BRD, sondern die Sicherung von Wirtschaftsinteressen, vor allem des Zugangs zu Rohstoffen. Für die militärischen Einsätze gelten keine Begrenzungen der Intensität oder der Geografie - d.h. weltweite Kriegseinsätze sind damit legitimiert.

Während afghanische Flüchtlinge aus der BRD in ihre kriegszerstörte und unbefriedete Heimat abgeschoben werden sollen, plant das KSK einen Kampfeinsatz ("robustes Mandat"!) am Hindukusch - diese Logik zeigt, wo wir wieder sind in unserer angeblichen Demokratie, in der solche Einsätze am Parlament vorbei beschlossen werden.

Zum Thema "50 Jahre Bundeswehr" werden wir deshalb eine Veranstaltung im November in Angriff nehmen, um den Aufstieg der BRD in die Klasse der Krieg führen könnenden Staaten zu beleuchten - von dem sie nicht mehr weit entfernt ist - und um den Widerstand dagegen darzustellen (Referent Arno Neuber).

Die Debatte um die EU-Verfassung mit ihrem Zwang zur Aufrüstung spielt in der BRD leider nicht so eine zentrale Rolle wie in Frankreich. Umso wichtiger bleibt für uns das Thema der Militarisierung Europas einschließlich der Präventivkriegsstrategie.

Ebenso der Krieg im Irak, der nach offizieller Lesart vorbei ist - nach der SZ gibt es nur "Terror" gegen die demokratisch gewählte Regierung und die die Ordnung aufrecht erhaltenden US-Truppen. Mit dieser Darstellung haben es die Medien bisher erfolgreich verhindert, dass der Protest und der Widerstand gegen die Besatzung eine breite Unterstützung erfährt. Abgesehen von kriminellen Entführungen, Angriffen auf zivile Menschengruppen o.ä., ist Widerstand, auch militärischer, im Prinzipiellen gerechtfertigt. Aber unsere Hauptaufgabe ist es, weiterhin die Besatzung als illegal zu entlarven. Friede kann es erst nach Abzug der US-Armee geben. Es ist die Besatzung, die versucht, die verschiedenen Gruppen der irakischen Gesellschaft gegeneinander auszuspielen und einen Keil zwischen sie zu treiben.

Auch dürfen wir weiterhin nicht der Gefahr erliegen, den US-Imperialismus allein anzuprangern (bei den USA ist das Wort Imperialismus wieder durchaus verbreitet,

nicht aber für die BRD), müssen wir wie bisher auch die Beteiligung der BRD nennen, die inzwischen dazu geführt hat, dass die Bundeswehr irakische Soldaten ausbildet. In dieser Frage ist der deutsche Imperialismus zur Komplizenschaft mit der US-Regierung überbegangen.

Laut Scott Ritter, dem UN-Chefwaffeninspekteur im Irak 1991-1998, stehen die Pläne der Bush-Administration für eine Bombardierung des Iran schon fest. Offen sei nur noch der Termin. D.h. wir müssen uns in absehbarer Zeit darauf einstellen, dass der Iran vom US-Imperialismus angegriffen wird und Protestaktionen organisieren.

Angesichts der Situation im Irak ist der Balkan fast aus dem Blickpunkt der Friedensbewegung gerückt. Inzwischen ist die Bundesregierung dabei, die Früchte des Kriegs gegen Jugoslawien einzuheimsen, sie ist die dominierende Macht in allen Nachfolgestaaten und beherrscht Bosnien und Kosovo als Protektorat. Die völlige Loslösung des Kosovo von Rest-Jugoslawien steht bevor, zielstrebig von Außenminister Fischer und der US-Regierung verfolgt. Das wird die Situation in Mazedonien erneut verschärfen und Träume von einem Großalbanien wieder aufflammen lassen.

Der Balkan ist eine Region, die nach wie vor im Zentrum des deutschen Expansionsdrangs steht. Die Forderung nach Abzug der deutschen Truppen hat nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt.

Einen Jahrestag haben wir allerdings schon verpasst, den 30. Jahrestag des Ende des Vietnam-Kriegs: am 30.4.75 um 11.30 hisste die vietnamesische Befreiungsarmee die Flagge der Befreiungsfront auf dem Präsidentenpalast in Saigon. Der 1. Mai 1975 stand weltweit im Zeichen der Freude über diesen Sieg, und er war für viele Völker in Afrika und Asien eine große Ermutigung und ein Ansporn. Die Außenpolitik der USA war mehr als ein Jahrzehnt lang von dem sog. Vietnam-Trauma bestimmt, und erst die Niederlage des Sozialismus ermutigte den US-Imperialismus wieder zu seiner nächsten großen Offensive, die mit dem Irak-Krieg Anfang der 90er Jahre begann und heute noch andauert. Deshalb wäre es schön, wenn auf einzelnen Gruppenabenden das Thema noch behandelt würde, denn die jungen Genossen haben nicht die Erinnerung an diesen beispielhaften Kampf. Der Kampf für den Frieden bleibt eine zentrale Aufgabe für uns und die Aussage des 15. Parteitags müssen wir weiter umsetzen: "Kritik am Krieg muss zur Kritik am Imperialismus werden". Wir werden uns weiter gegen die NATO-Sicherheitskonferenz engagieren, beim Ostermarsch, am 1. September und uns bei andern Aktionen gegen Krieg, weltweite Bundeswehreinsätze, Aufrüstung und Militarisierung der EU beteiligen.

Alle diese Ziele verfolgen wir zusammen mit verschiedenen Bündnispartnern, durch die Mitarbeit unserer Genossen im "Bündnis München gegen Krieg", im Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, im Münchner Friedensbündnis usw. Wir werden deshalb die Publikationen der entsprechenden Bündnisse verteilen, aber auch zusätzlich nach Möglichkeit eigene Flugblätter erstellen, die an die jeweiligen Demonstrationsteilnehmer gerichtet sind und die Ursachen von Kriegen im Imperialismus aufzeigen.

2. Gegen den Generalangriff auf soziale und tarifliche Rechte

Der Angriff des Kapitals auf die sozialen und tariflichen Rechte hat sich in den letzten beiden Jahren beschleunigt und verschärft.

Im tariflichen Bereich setzte das Kapital Öffnungsklauseln in vielen und vor allem industriellen Kernbetrieben durch. Die 35-Stunden-Woche soll beseitigt werden, allein die Drucker führen noch einen gemeinsamen Abwehrkampf. So ist der

Flächentarifvertrag völlig durchlöchert, Lohnsenkungen erfolgen in Existenz gefährdender Weise.

Da die IG Metall nicht den kollektiven Widerstand organisiert, sondern die Betriebe allein lässt bzw. mit dem Pforzheimer Kompromiss das Mittel der Öffnungsklausel auch für profitträchtige Betriebe freigegeben hat, müssen wir mit unsern begrenzten Kräften hier versuchen, die Kollegen zu informieren und zu mobilisieren. Ebenso steht es bei verdi, wo der Abschluss im Öffentlichen Dienst die Kollegen weit zurückwirft.

Inzwischen hat die Streikbewegung der Drucker begonnen. Die Unternehmer fordern die Verlängerung der Arbeitszeit um unbezahlte 5 Stunden, massive Lohnsenkungen und Öffnungsklauseln, die den Flächentarifvertrag zur Makulatur machen würden. Doch die Entschlossenheit der Kollegen, sich das nicht nehmen zu lassen, die 35-Stunden-Woche zu sichern, ist groß. "Wir wollen gegen den neoliberalen Strom schwimmen und nicht mit ihm untergehen," so der Fachbereichsvorsitzende des FB 8 von verdi. Auch die Münchner Zeitungsverlage werden bestreikt, alle drei großen Druckereien Münchens sind dabei, vorneweg die Druckerei des Süddeutschen Verlags in Steinhausen. Das hat den Streikbewegungen in der Papierverarbeitung, der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und der Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst ebenfalls Auftrieb gegeben. Auch im Handel steht ein Arbeitskampf bevor. Endlich führt die organisatorische Einheit in verdi auch zu gemeinsamen Taten, wie es viele Kollegen schon lange fordern!

In München betreibt das Kapital bei den Großbetrieben im Metallbereich eine differenzierte Strategie:

Bei BMW wird der Abbau von Lohnbestandteilen angesichts der Rekordgewinne in diesem Jahr nur sehr vorsichtig und allmählich vorangetrieben, z.B. bei der Verringerung von Überstundenzuschlägen. Wir müssen das aufmerksam beobachten und dazu unsere Kontakte nützen.

Bei der MAN ist der Plan einer Arbeitszeitverlängerung vorerst zurückgezogen worden. Der Betrieb gehört zu den wichtigsten Großbetrieben Münchens mit einem Stamm gut organisierter Kollegen. BR und VK sind nicht vollständig in der Hand der rechten Sozialdemokratie wie bei BMW und es bestehen Kontakte in den Betrieb hinein. Deshalb hat sich eine Arbeitsgruppe des Betriebsaktivs zu MAN gebildet mit dem Fernziel, einmal einen festen Stamm von Informanten zu bekommen und Kollegen, die mit uns zusammenarbeiten. Dieses anspruchsvolle Ziel braucht die Unterstützung der ganzen Kreisorganisation, wenn z.B. die uz verkauft werden soll. Siemens hat der Belegschaft nicht lange Zeit zum Luftholen gegeben nach den letzten Angriffen und spielt die Karte der Jobverlagerung ins Ausland zur Erpressung der Kollegen weiter aus. Die Ära Kleinfeld begann mit Stellenstreichungen, 300 davon im Betrieb München Hofmannstraße und 200 im Betrieb München Perlach, 300 Mitarbeiter sollen bei Sinitec, der ehemaligen Siemens-Tochter entlassen werden. Insgesamt sind aktuell 3500 Kolleginnen und Kollegen bei Siemens und seinen Tochterfirmen bedroht. Der Verkauf der Handy-Sparte verunsichert weitere Kolleginnen und Kollegen massiv. Siemens machte den Vorreiter bei Verschlechterung der tariflichen Rechte und erhöht den Druck auf alle Mitarbeiter ständig.

Den bemerkenswerten Kampf der Kollegen von Infineon versuchen wir von außen wenigstens durch Artikel und Grußadressen solidarisch zu unterstützen. 1000 Arbeitsplätze sind durch die geplante Schließung bedroht, mit ihren Familienangehörigen sind etwa 5000 Menschen betroffen. Doch sie lassen sich nicht einschüchtern und sind entschlossen, nicht aufzugeben: "Wir bleiben hier" ist ihr Ziel. Inzwischen machen auch die Kollegen von Bosch Siemens Hausgeräte durch

lautstarken Protest und Widerstand gegen die Schließung ihres Werks in Berlin auf sich aufmerksam. Weit über 1000 Kollegen reisten von Berlin und andern Standorten an, und sie werden den Vorstand nicht in Ruhe lassen, bis er mit ihnen über die Sicherung der Arbeitsplätze verhandelt. "Wir kommen wieder" war deshalb ihr Ruf. Wir müssen vor Ort sein, wo Belegschaften kämpfen und überlegen, wie wir den Kampf unterstützen können!

Bei Océ versuchen zur Zeit die Genossen den Widerstand gegen tarifliche Verschlechterungen über den Weg der Öffnungsklausel zu verhindern, was aber angesichts der Haltung im Betriebsrat sich als äußerst schwierig erweist. Insgesamt gilt für München: Die Arbeitslosigkeit steigt auch hier kontinuierlich an. Seit 1990 wurden in München 38.000 Arbeitsplätze allein in der Metallindustrie vernichtet.

Zur Klarheit über die Strategie der Gewerkschaften hat ein Betriebsarbeitertreffen beigetragen, wo auch die Kontakte zu KKE und DIDF vertieft wurden. Ein weiteres Treffen dieser Art soll deshalb noch in diesem Jahr organisiert werden vom Betriebsaktiv.

Die Betriebsgruppen werden mit ihren Organen "Auf Draht" und "Siemens News" diese Entwicklungen weiter verfolgen und aufgreifen. Zwar haben wir zu vielen Betrieben nur geringe oder gar keine Kontakte. Und immer mehr aktive Betriebsgenossen gehen in Rente, was die Arbeit in Zukunft noch schwieriger machen wird. Wir werden uns anstrengen müssen, um dies auszugleichen. Unter anderem durch die Zusammenarbeit mit DIDF und KKE hoffen wir hier in Zukunft voranzukommen.

Im Frühjahr 2006 finden die Betriebsratswahlen statt. Unser Ziel ist, den Einfluss klassenorientierter, kämpferischer Positionen in den Betriebsräten zu stärken. Wir wollen möglichst viele Genossinnen und Genossen für eine Kandidatur gewinnen. Am 1. Mai werden wir wie immer mit der Litfasssäule, Uz-Extras und uz vertreten sein.

Die Gewerkschaftslinken hat begonnen, eine Veranstaltungsserie zum Thema "Verzicht rettet keine Arbeitsplätze" zu machen. Die nächste Veranstaltung, wo der Abschluss im Öffentlichen Dienst kritisiert werden soll, findet demnächst am 16.6. statt. Bei der ersten zu DaimlerChrysler war die Beteiligung von Metallern aus Münchner Betrieben leider sehr mager. Der dritte Abend soll den europäischen Hafearbeitern gewidmet sein, um den Kollegen auch einmal einen erfolgreichen Kampf vorzustellen zu können.

Dass die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme weiter gehen wird, ist gewiss. Auch das ist den meisten Kollegen noch nicht klar, dass es beim Kapital kein Halten gibt, es sei denn sie werden die Unternehmer dazu zwingen.

Bei Hartz IV werden die Konsequenzen für die Betroffenen inzwischen deutlich; auch den meisten Kollegen wird die Aussicht auf Arbeitslosigkeit mehr denn je zum Schreckgespenst. Aber dies hat - in München wie in den meisten Städten - nicht zu dem erhofften Aufschwung der Montagsdemos geführt. Ein kleines Häuflein ist zwar immer noch auf der Straße, Änderungen verspricht sich aber offensichtlich niemand mehr durch verstärkte Proteste. Die Forderung nach "Weg mit Hartz IV" muss aus den Betrieben kommen, doch da sind wir weit entfernt davon. Die PDS hat im Stadtrat eine Anfrage wegen drohender Zwangsumzüge gestartet. Nach anfänglichen Beruhigungspillen - niemand muss umziehen! - wurde so offenbar, dass Hunderte Erwerbslose jetzt bedroht sind. Die Darstellung der Umsetzung von Hartz IV ist auch ein Mittel, um die Problematik nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Und wir müssen speziell die Münchner Situation dabei verfolgen, um gute Ansatzpunkte für die Agitation zu haben.

Auch auf die Rente werden bald wieder neue Angriffe erfolgen, sei es die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67, sei es weiteres Nullrunden, sei es weitere Kürzungen. Das Thema wird im nächsten Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen, worauf wir uns vorbereiten müssen.

Im Gesundheitswesen drohen noch schlimmere Einschnitte als bisher: Kopfpauschale oder Bürgerversicherung wird die Alternative sein. Letztlich läuft auch die Bürgerversicherung auf eine Reduzierung der Zahlungen der Unternehmen an die Sozialkassen hinaus, weshalb unsere Alternative heißen muss: eine einheitliche bedarfsdeckende Krankenversicherung für alle bei Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Das Kapital arbeitet auf die völlige Privatisierung der Krankenversicherung hin - auch das ist bisher außerhalb der Vorstellungskraft der Menschen. Den Bundestagswahlkampf müssen wir nutzen, das zu verbreiten und den Willen zur Gegenwehr zu stärken.

Wir werden all diese Themen in unsern Publikationen weiter aufgreifen, aber bisher war es nicht möglich in München, alle Betroffenen vom Sozialkassenschlag zusammenzuführen. Die Gewerkschaftsführungen sind auf Tauchstation gegangen oder haben sich, wie DGB-Chef Sommer es vormachte, mit der Entwicklung arrangiert. Auch verdi hat die Tarifaueinandersetzungen bisher nicht dazu genutzt, das Thema Sozialkassenschlag bei den Warnstreiks einzubringen.

Der Versuch der Münchner Gewerkschaftslinken, ein Bündnis aller betroffenen Gruppen zustande zu bringen (Aktion gegen Sozialkassenschlag im Sozialforum München), muss als gescheitert betrachtet werden. Nun gibt es einen neuen Vorstoß von Schülern der akb (Aktion kostenlose Bildung). Aber ohne dass die Gewerkschaften den Kampf aufnehmen, wird ein solches Bündnis immer nur Teilbereiche organisieren können.

Es gibt einen eklatanten Mangel an Genossen, die bereit sind, die aufwändige und anspruchsvolle Bündnisarbeit zu leisten, wir müssen junge Genossen gewinnen und heranziehen dafür.

3. Gegen den Abbau demokratischer Rechte und der Gefährdung der bürgerlichen Demokratie

Wir können es uns eigentlich nicht mehr leisten, dass wir angesichts der bedrohlichen Entwicklung seitens des Staates hier nicht aktiv sind. Die Grundrechtsverletzungen gehen sowohl in quantitativem wie qualitativem Ausmaß an die Substanz der bürgerlichen Demokratie. Und auch die Formierung der Neonazis hat eine neue Qualität gewonnen. Sie sammeln sich um und in der NPD und treten immer öfter in der Öffentlichkeit auf. Aber bei uns bleibt die Feststellung wie im letzten Bericht: wir verfügen nicht über Strukturen, nicht einmal über einzelne Aktivisten in diesem Bereich.

Allerdings können wir auf die Arbeit von Genossen in der VVN hinweisen. Wenn die Nazis auf der Straße sind, funktioniert auch die Zusammenarbeit vieler Organisationen bis hin zu SPD und Grünen, da greift die Bündnisstruktur, woran auch Genossen von uns und der SDAJ nicht unbeteiligt sind.

In letzter Zeit treten die Nazis immer öfter in Erscheinung, was für die Antifaschisten durchaus Probleme aufwirft, da sie uns dauernd auf Trab damit halten und immer wieder Genossen dabei verhaftet werden. Wir werden uns den Nazis weiter entgegenstellen, müssen uns aber Gedanken über neue Aktionsformen machen. Inhaltlich ist vor allem eine Propagierung der alten Forderung des Verbots von Nazi-Organisationen nötig, da eine Reihe von Antifaschisten, vor allem aus dem autonomen Bereich, dies ablehnen.

4. Bündnispartner

Mit der PDS ist die Zusammenarbeit zurückgegangen in den letzten Jahren. Dabei wäre eine gemeinsame Kommunalpolitik ein lohnendes Feld angesichts der Vertretung der PDS im Stadtrat, an deren Liste wir ja beteiligt sind. Natürlich soll und kann dieser Bereich für uns kein neuer Schwerpunkt werden, aber die Wohngebietsgruppen sind aufgefordert zu prüfen, ob sie hier bei einzelnen Themen aktiv werden können. Soweit die kommunalen Probleme vor Ort nämlich die der großen Politik widerspiegeln und auf diese zurückgeführt werden können - als ein Beispiel nenne ich die Zwangsräumungen bei Hartz IV - sind das lohnende Ansätze für Aktionen. Gute Ansätze dieser Art gibt es im Linksblick, die jedoch bloße Agitation bleiben, wenn keine Wohngebietsgruppe sie aufgreift.

Bei der nächsten Kommunalwahl steht die Zusammenarbeit mit der PDS auf jeden Fall wieder auf der Tagesordnung.

Angesichts der kommenden Bundestagswahl begrüßen wir den Zusammenschluss von PDS und WASG zu einer linken Liste und werden konkrete Unterstützung im Bundestagswahlkampf leisten. Allerdings werden wir uns in unserer Propaganda nicht auf ihr Programm reduzieren lassen. Die bloße Verteidigung des Sozialstaats, wie er bei der WASG im Vordergrund steht, reicht nicht aus: Es müssen von uns die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus dargestellt und kritisiert werden (s. Antrag KV). Attac hat offenkundig an Anziehungskraft verloren, ist weniger schlagkräftig geworden, viele engagierte Mitglieder haben sich zurückgezogen, so auch unsere Genossin, die bei Attac mitgearbeitet hat.

Die neu begonnene Zusammenarbeit mit KKE und DIDF muss erst ihre praktische Bewährung erfahren. Wir müssen uns Gedanken machen, wie sie weiter gestaltet werden kann. Im betrieblichen Bereich wird es vom Betriebsaktiv abhängen, die Kontakte weiter auszubauen. Im politischen Bereich müssen wir Vorschläge erarbeiten für gemeinsame Aktionsfelder, gemeinsame Veranstaltungen, wie es z.B. die Frage des EU-Beitritts der Türkei sein kann (DIDF, kurdische Organisation, KKE, DKP).

Das Münchner Sozialforum wirbt zur Zeit vor allem um eine gute Beteiligung am Sozialforum in Erfurt bei den Münchner Gruppen, damit die Möglichkeiten, die Erfurt bietet, auch genutzt werden. Vor allem bei den Gewerkschaften sieht es noch schlecht aus, hier könnten Genossen noch was tun.

5. Die DKP konsolidieren und stärken

Die Mitgliederentwicklung ist wieder positiv, vor allem durch den Zuwachs bei der SDAJ. Wir dürfen uns aber auf diesem Erfolg keinesfalls ausruhen, sondern müssen in Zukunft eine systematische Mitgliederwerbung betreiben (Beitrag B. dazu).

Die Einbindung in die Partei ist vor allem bei den SDAJ-Genossen schwierig, da sie ihr Aufgabenfeld in ihrer eigenen Organisation haben und dort ausgelastet sind. Aber auch die Integration der andern neuen Genossen darf nicht nur über die Teilnahme an den Gruppenabenden erfolgen: sie müssen in die praktische Arbeit einbezogen werden, beim Verteilen, Plakatieren, in der Bündnisarbeit, bei der Agitprop oder aber der Recherche für Artikel usw. Es sind immer noch die älteren Genossinnen und Genossen, die hier die Hauptarbeit leisten, das müssen wir gemeinsam versuchen zu ändern, um die Kontinuität abzusichern.

Unsere Präsenz in der Öffentlichkeit haben wir auf gleichem Niveau halten, also auch nicht wesentlich verbessern können. Internet-Auftritt, Betriebzeitungen und Linksblick, Flugblätter, öffentliche Gruppenabende, uz-Verkauf werden nach wie vor

die Hauptmittel sein, wie die Partei von Interessierten kennen gelernt werden kann und wie wir Kontakt zu uns möglich machen. Auch das nächste Fest der Solidarität wird wieder hauptsächlich von uns getragen werden und das Erscheinungsbild von uns geprägt sein. Größere Veranstaltungen wie letztlich zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus sind wichtig für Parteimitglieder und Sympathisanten, sollten also auch weiter von uns geplant werden. Für die Beteiligung am Pressefest muss wieder in allen Gruppen geworben werden, da das Pressefest besser als alles andere Sympathisanten zeigen kann, was die Partei insgesamt darstellt.

Die Verbreitung der uz bedarf unserer besonderen Anstrengung. Werbung unter Freunden und Kollegen muss unbedingt verstärkt werden (Beitrag von G. dazu), auch um das Überleben der uz zu sichern. Für den Herbst planen wir eine Veranstaltung für alle Bezieher und Leser der uz mit einem Vertreter der uz, möglichst mit Willi Gerns, dessen Russlandberichterstattung ein besonderer Pluspunkt der uz ist.

In der Zusammenarbeit mit der SDAJ haben wir unsern Anspruch, sie durch Mitglieder des Kreisvorstands zu unterstützen, verwirklicht. Die Einbeziehung in die Arbeit des KV ist allerdings in letzter Zeit vernachlässigt worden und muss wieder besser funktionieren. Insgesamt können wir mit Freude feststellen, dass die SDAJ einen großen Sprung nach vorne getan hat. Sie ist die größte Gruppe der SDAJ insgesamt, ist bei vielen Bündnissen vertreten und hat beim Schülerstreik eine wichtige Rolle gespielt.

Bei den Gruppen der Partei ist eine gewisse Stabilisierung zu beobachten, allerdings kommt der Mitgliederzuwachs nur der Ostgruppe zu gute. Die Kassierung befindet sich nach wie vorn in bewährten Händen und klappt ausgezeichnet. Unbehagen bereitet dem KV die Beteiligung an der KVV: unser Ziel, sie zu einem regelmäßigen, kompetenten Diskussions- und Entscheidungsforum der Kreisorganisation zu machen, muss als gescheitert angesehen werden. Deshalb schlagen wir vor, sie bis auf weiteres einzustellen. Mitgliedern, die beim KV etwas einbringen wollen, stand auch bisher schon die reguläre Sitzung des KV offen und das sollte dann verstärkt genutzt werden. Der Rundbrief soll weiter am letzten Montag des Monats erscheinen, die Verteilung für die Gruppen muss natürlich nach wie vor organisiert werden.

Um weitere Sympathisanten zu gewinnen und neue Genossen in den Marxismus einzuführen, wollen wir wieder eine MASCH (Marxistische Abendschule) initiieren. Die Tragweite der Entscheidung für ein neues Programm dürfte allen Genossen klar sein. Beim 2. Teil des Parteitags soll das Programm verabschiedet werden. Deshalb sind alle Gruppen aufgefordert, den neuen Programmentwurf gründlich zu diskutieren und Anträge dazu zu stellen. Beim diesjährigen Amerseeseminar führen wir die Debatte auf Bezirksebene, weshalb wir für eine breite Beteiligung dort besonders werben.

Wir haben uns mit diesem Arbeitsplan viel vorgenommen. Nicht alles vom letzten Plan haben wir umgesetzt, das wird uns auch bei diesem wieder so gehen. Alle Genossen sind aufgerufen, zum Erfolg beizutragen. Der Kapitalismus verliert in der Bevölkerung an Akzeptanz, das müssen wir nützen. Die Alternative heißt Sozialismus!